

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 17 (1923)  
**Heft:** 2

**Rubrik:** Rundschau

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 30.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

im allgemeinen noch die Besetzung der Ruhr im besonderen das beste Mittel, um Frankreich zu verschaffen, wessen es bedarf. Es ist ein sehr kostspieliges Mittel. Die Anwendung von Gewaltmitteln, die die unausbleibliche Folge des unausbleiblichen Widerstandes Deutschlands ist, lässt das Vorgehen Frankreichs im Ausland als eine Bedrohung des Weltfriedens empfinden, treibt Frankreich in eine bedauerlich isolierte Haltung hinein und verringert die zeitweilig so günstigen Aussichten auf einen Schuldenerlass der Vereinigten Staaten und Englands gegenüber Frankreich.

Eine internationale Anleihe hingegen gäbe Frankreich die Gewähr für Bezahlung, erfasste die ganze Zahlungsfähigkeit Deutschlands, die bis dahin zum grossen Teil dazu verwendet wurde, die Besatzungskosten und die militärischen Ausgaben zu decken, erlaubte, die Gelder der deutschen Grosskapitalisten zu erreichen, die im Ausland angelegt sind, führte wahrscheinlich zu einer Regulierung der interalliierten Schulden, höbe die Valutakrisis auf und würde den Handel wiederbeleben, indem es den Völkern ihre Produktionskraft und ihre Kaufkraft wiedergäbe. Ja, auch die im Ausland angelegten französischen Gelder würden sofort im Werte steigen.»

\* \* \*

Die I. F. F. F. schliesst wie folgt:

«Wir haben uns bis dahin nicht auf die Gründe der höheren Gerechtigkeit und der Menschlichkeit berufen, die zugunsten einer Zusammenarbeit im Geiste eines ehrlichen guten Willens sprechen. Wir sind aber überzeugt, dass, wenn Frankreich auf die Gewaltmittel, die es anwendet, um seine Forderungen zu unterstützen, verzichtete, indem es seinen festen Willen kundtäte, sich einer gerechten internationalen Regelung der umstrittenen Fragen zu unterziehen, es in Deutschland den guten Willen und in der übrigen Welt die Sympathie erwachen sähe und überall den Wunsch nach Versöhnung und wahren Frieden beobachten könnte.

Wir glauben, dass aufgezwungene Gewalt Widerstand und Rachegeist weckt, dass aus diesem Widerstand eine endlose Kette von Vergewaltigungen und Kriegen hervorgeht, die in nichts anderem als in dem vollkommenen Untergang Europas enden können, aber dass, wenn schon das Böse nur das Böse gebiert, es doch möglich ist, durch einen vernünftigen und grossmütigen Akt die verhängnisvolle Kette zu unterbrechen.»

## Rundschau

**Die Abstimmung über das Stimm- und Wahlrecht der Frauen** in Schule, Kirche und Armenwesen, die am 18. Februar im Kanton Zürich stattfand, gehört ähnlich wie jene vor drei Jahren zum Betrürendsten, was wir

in diesen Zeiten an unserm Volke erlebt haben, und das will viel heissen. Mit rund 76,000 gegen 28,000 Stimmen ist den Frauen die Mitarbeit als **Bürgerinnen** an den Aufgaben des Armen-, Schul- und

Kirchenwesens, die im Grunde alle vorwiegend von dem leben, was die Frau ist und tut, verweigert worden. Und dies in einem Kanton, der in allerlei Formen — ich nenne als Beispiele bloss die gewaltige und einzigartige Schöpfung der alkoholfreien Restaurant und Volkshäuser und die Soziale Frauenschule — Frauenwerke gesehen hat, um die man uns in aller Welt beneidet und die nur Frauen vollbringen konnten. Wie man vielleicht gemerkt haben wird, habe ich mich für die Vorlage vom 18. Februar nicht begeistert und zwar darum, weil die wohlweise Art, wie die Männer die ihr Stimm- und Wahlrecht bekanntlich mit solcher Reife und Gewissenhaftigkeit ausüben, die ihnen, so wie die Männer heute sind, an Geist und Charakter doch so überlegenen Frauen erst langsam zu der eigenen Höhe heranziehen wollten, mir abgeschmackt vorkam. Ich hätte als Frau diese Behandlung abgelehnt. Auch möchte ich ausdrücklich erklären, dass mir das Stimm- und Wahlrecht der Frauen noch nicht das Wichtigste ist, was ich den Frauen für ihre Befreiung wünsche. Aber wenn man nun bedenkt, was für Beweggründe offenbar den weitaus grössten Teil der neinsagenden Männer geleitet haben, so wird die moralische Tragweite dieser neuen Abstimmung klar. Eine Hauptrolle hat bei diesen — Staatsbürgern, wie man jetzt so grossartig sagt (von was ist man denn sonst eigentlich Bürger?), die Angst gespielt, die Frauen könnten ihnen, zu bürgerlichen Rechten gelangt, den Zugang zum Wirtshaus und ähnlichen Dingen erschweren. Dazu kommt die andere, weniger bewusste, aber freilich auch berechnete Angst, die Frauen könnten sich als geistig überlegen erweisen. Endlich als weiterer Hauptgrund der dumme Hochmut des Mannes, der es nicht ertragen kann, dass die Frau ebenbürtig neben ihm stehe. Alle diese

Dinge hängen eng zusammen. Ein durch Wirtshaus, Jass-, Sessel- und Interessenpolitik, dazu durch die Jagd nach dem Geld und Schlimmeres heruntergebrachtes und roh gewordenes, alles tieferen seelischen Gehaltes beraubtes Männergeschlecht muss natürlich die Frau als minderwertig betrachten. Nur die minderwertige Frau kann ihnen das sein, was sie von ihr verlangen. Nur ein sittlich hochstehendes Männergeschlecht stellt die Frau hoch, ein sittlich tiefstehendes, wie das heutige in der Mehrheit ist, muss sie erniedrigen. Der Zufall führte mich an jenem Abstimmungssonntag durch einen grossen Teil des Zürcherlandes. Als ich dieses durch und durch geistverlassene, nicht etwa frohe, sondern bloss wüste und gemeine Fastnachtstreiben, das mit der Nähe der Stadt sich natürlich steigerte, gesehen hatte, und dann aus einem Zeitungsblatt das Ergebnis der Abstimmung erfuhr, war mir sofort klar, dass beides zusammenpasste: ein solches Männergeschlecht konnte nicht anders stimmen. Wie sollten solche Männer das «Heilige» und «Weissagende» erkennen, das die alten Germanen nach dem Bericht des Tazitus im Weibe geehrt haben?

Wir müssen uns darein finden, dass die Schweizerfrau von dem Schweizermann als minderwertig betrachtet wird, gerade diese Schweizerfrau, die die beste Hausfrau der Welt ist, die mehr putzt und fegt und Teppiche klopft als die Frauen in der ganzen übrigen Welt. Die Schweizerfrau muss sich künftig von den Frauen fast aller abendländischen Völker als die unfreieste bemitleiden lassen. Unserem nationalen Ehrenschilde ist wieder ein Edelstein eingefügt worden. Denn der verbissene Stolz der neuen Rasse von Tellensöhnen hat sich das grosse Ziel gesetzt, möglichst weit hinter andern Völkern zurückzublei-

ben. Je reaktionärer, desto helvetischer. Denn, hiess es letzthin sogar im Hauptorgan der Auslandschweizer, die Schweiz kommt an die Spitze der Völker bloss dadurch, dass sie stehen bleibt. Immer trauriger erfüllt sich an uns das Wort: «Die Ersten werden die Letzten sein.»

Es wäre alles leichter zu ertragen, wenn wir in allen Dingen ein konservatives Volk wären. Wir würden uns dann dem Schlechten ebensogut verschliessen wie dem Guten. Nun aber ist Tatsache, dass das gleiche Volk, das in einer reaktionären Wut schäumt, wo es guten und edlen Fortschritt gilt, allem Dummen und Gemeinen, allem Schwindel und aller Verderbnis alle Tore sperrangelweit auftut. Das Frauenstimmrecht können wir in Zürich nicht einführen, wohl aber die Fastnacht im Basler Stil. Diese Fastnacht, die hier so gar kein Recht, keinen geschichtlichen Boden und keinen Geist hat, die haben die Wirte und die Neue Zürcher Zeitung (diesmal wohl ohne ihre Hoftheologen!) im Hui durchgesetzt. Wieder sage ich: beides hängt zusammen, moralische Verlotterung und Reaktion sind immer sehr gut Hand in Hand gegangen. Nur ein in sittlicher Zucht gesammeltes, seelenernstes Volk ist der Freiheit fähig.

An diesen Wahrheiten, meine ich, ist nichts zu markten. Wir müssen uns die Tatsache der tiefen Gesunkenheit des heutigen Schweizervolkes unerbittlich klar machen. Dass gerade die roten Quartiere von Zürich besonders stark verworfen haben, wirft daneben ein Licht auch auf unsern Sozialismus. Wer Augen hat, zu sehen, der muss es nun sehen: nur eine tiefgreifende Regenerationsarbeit kann unser Volk vor dem völligen sittlichen Untergang, dem dann jeder andere folgen würde, retten. Das ist jetzt

die Arbeit der Arbeiten. Ohne sie kommen wir nirgends mehr weiter.

An dieser Arbeit werden sich besonders die Frauen zu beteiligen haben. Die Frauen werden sich fragen, ob nicht ihr Geschlecht auch eine Mitschuld hat an der Lage, die uns diese verschiedenen Abstimmungen klar gemacht haben. Ist es nicht ein Fluch geworden, dass unsere Frauen so sehr bloss Hausfrauen, Haussklavinnen geworden sind. Und sollten wir nicht vor allem stolze Frauen bekommen, Frauen, die auf allen Gebieten der Herreneitelkeit des Mannes weniger entgegenkämen? Sollte nicht die Aufgabe, unser Geschlecht aus dem Sumpf des Wirtshauses und dessen, was ihm verwandt ist, herauszuziehen, vor allem die grosse Aufgabe der Frauen sein? Sollten nicht da und dort Frauen, die bisher vielleicht geneigt waren, das Angefochtensein von Ideen und Personen auf deren Fehler und Uebertreibungen zurückzuführen, einsehen, dass vor allem die Atmosphäre der intellektuellen und sittlichen Versumpfung daran schuld ist und sich zu einer radikalen Haltung (im tieferen Sinne des Wortes) aufraffen?

Was sollen wir im übrigen den Frauen raten? Einiges mögen sie sich doch zum Troste sagen. Einmal sind die Stimmen jener 28,000 Männer, die zu ihnen gestanden, um so höher einzuschätzen, als diese Männer nun gewiss fast ausnahmslos aus einer Ueberzeugung gestimmt haben, die von guten, edlen und selbständigen Gedanken bewirkt war. Wenn man sich an den Gedanken gewöhnt hat, dass es immer nur eine Minorität ist, die in einem Volke das Gute vertritt, dann sind 28,000 gegen 76,000 doch nicht so wenig. Vor allem aber müssen die Frauen sich sagen, dass die Mitarbeit am öffentlichen Leben gottlob nicht auf Stimmen und Wählen und Gewähltwerden beschränkt ist. Es gibt heute eine Fülle von Ar-



beitsgebieten des öffentlichen Lebens, die ebenso wichtig sind. Auch Schule, Kirche und Armenwesen können indirekt von den Frauen aufs stärkste beeinflusst werden. In dieser freien Form hat die Anteilnahme der Frau am öffentlichen Leben im Laufe der letzten drei Jahrzehnte doch ganz unglaublich zugenommen. Es ist darin eine grosse Revolution geschehen. Und auf dieser Linie wird es weitergehen, auch in der Schweiz. So mögen die Frauen die Herren der Schöpfung stimmen, wählen und gewählt werden lassen und sich mit ihrer edlen Kraft dorthin wenden, wo man sie brauchen kann, mit Freuden aufnimmt und als gleichberechtigt behandelt! Sie sollen — wenn sie Sozialistinnen sind — in die Gewerkschaften und Genossenschaften hinein. Sie sollen sich eifrig an der freien Bildungsarbeit beteiligen, die mindestens so wichtig ist als die offizielle. Sie sollen hinein in jene ganze Regenerationsarbeit, ohne die und neben der all das heutige politische Treiben doch nur eine traurige Komödie ist. Im Grunde kann ihnen ihr Recht niemand nehmen; was sie sind, sind sie und genau so viel wirkliche Macht werden sie auch haben.

L. R.

**Der inoffizielle Völkerbund und die Ruhraffäre.** Während der offizielle Völkerbund sich taub stellt, sind die inoffiziellen Vereinigungen sehr tätig. Die schweizerische hat bekanntlich den Bundesrat um Anrufung des Völkerbundes ersucht.

Auch in andern Ländern macht sich das Verlangen nach Erfüllung der Satzungen des Völkerbundes immer lauter geltend. So hat z. B. die Fédération der Völkerbundsvereinigungen Frankreichs folgende Resolution gefasst:

«Der Verband der Völkerbundsvereinigungen Frankreichs, ohne die Rechtmässigkeit der französischen

Auslegung des Friedensvertrages von Versailles anzufechten, drückt den Wunsch aus, dass das Problem der Reparationen und der interalliierten Schulden dem Völkerbund überwiesen werde.»

Es ist dies im wesentlichen genau dasselbe, was die schweizerische Resolution verlangt.

Der Conseil des internationalen Verbandes der Völkerbundsvereinigungen hat diese Resolution «avec satisfaction» zur Kenntnis genommen. Er richtet im ferneren unter dem 29. Januar an alle Völkerbundsvereinigungen den Aufruf,

«diese Fragen ohne Verzug und mit der grössten Aufmerksamkeit zu prüfen und alle Massnahmen zu treffen, die ihnen geeignet zu sein scheinen, sei es, indem sie Resolutionen fassen oder irgend ein anderes Mittel ergreifen, um ihre Meinung dem Parlament und der Regierung kund zu geben.»

Der «National Peace Council» von London, in dessen Sitzung die Vertreter einer ganzen Reihe von Korporationen anwesend waren, hat mit grosser Befriedigung von der schweizerischen Eingabe Kenntnis genommen und das internationale Friedensbureau aufgefordert, eine Propaganda zugunsten dieser Resolution zu entfalten.

Das Internationale Friedensbüro selbst richtete einen Appell an alle Regierungen und an den Völkerbundsrat.

Ähnliche Resolutionen sind ferner eingegangen von den deutschen und österreichischen Friedensgesellschaften.

**Die Zusammenkunft mit den Vertretern der «Christlichen Internationale»** (jetzt «Versöhnungsbund» genannt), die wir in Zürich gehabt haben, ist für viele ein rechtes Ereignis geworden. Auch die in Bern, Basel, Lausanne sind, wie wir hören, sehr schön verlaufen. In Zürich hatten wir zuerst Bespre-

chungen in kleinerem Kreise (aus denen u. a. die «Botschaft» hervorging, die im letzten Heft erschienen ist) und dann eine öffentliche Versammlung, die den «gelben Saal» des Volkshauses überfüllte. Es redeten Oliver Dryer, der Generalsekretär, Walter Ayles, der englische Quäcker, Arbeiterführer (Independent Labour Party) und Dienstverweigerer; Frau Kirsten Swelmoe-Thomson aus Kopenhagen, die Präsidentin des Christlichen Friedensbundes; Pfarrer Otto Roth aus Dortmund und Fräulein Lilian Stevenson, Sekretärin des Fellowship of Reconciliation. Der Abend hat einen grossen Eindruck gemacht. Ganz besonders war es für viele ein Erlebnis, einen Mann wie Ayles zu hören. Wenn wir einmal bei uns so weit wären! Aber das «Volksrecht» hat uns nicht einmal eine kleine Einsendung, die auf die Versammlung hinwies, angenommen!

Durch diesen Besuch ist eine enge sachliche und persönliche Verbindung zwischen «Bilthoven» und uns hergestellt worden, von der wir für die Zukunft das Allerbeste erwarten dürfen. Wir sind unsern Gästen aufs tiefste dankbar. L. R.

**Bern.** Zusammenkunft der Freunde der «Neuen Wege»: Sonntag, den 11. März, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Grüner Saal. Diskussions-thema: «Die Macht der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Ideen». Einleitendes Referat von Hrn. Pfarrer Gerber aus Langenthal.

**Berichtigung.** Eine medizinische Dummheit war, wie ich nach einer Aufklärung von ärztlicher Seite erkenne, die Bemerkung über die Ergebnisse einer Tuber-

kulose-Impfung in einem deutschen Städtchen (im Januarheft, S. 30.). Erstens geschehe diese Impfung nicht durch Blutentzug und zweitens habe ihr Ergebnis nicht die Tragweite, die ich ihr zugeschrieben, da eine latente Tuberkulose bei den meisten Menschen vorkomme. Es tut mir leid, dass die Eile und viele Arbeit mich verhindert hatten, diese Stelle zuerst einem Fachmann vorzulegen. L. R.

#### **Dringende Bitte.**

Der Kampf um den Zivildienst braucht Geldmittel. Die uns dafür hochherzig zur Verfügung gestellten sind verbraucht, und doch stehen neue, grosse Ausgaben bevor. Unsere Geschäftsstelle, die mit der grössten Opferfreudigkeit und Hingabe für die Sache arbeitet, ohne dafür irgend eine materielle Belohnung zu empfangen, sieht ihre Kasse schon lange leer. Sollte Geld nur für Fliegerbomben u. Maschinengewehre in genügendem Masse vorhanden sein und nicht für den Kampf gegen den Krieg, für den Schutz von Frauen und Kindern gegen die Fliegerbomben und die Hinmordung ihrer Brüder, Väter und Gatten? Gewiss gibt es noch Menschen, die uns helfen können, unsern Kampf weiterzuführen. Bitte, geht zu ihnen, ihr Freunde, und stellt ihnen die Aufgabe dar. Das Nötige muss sich finden.

Die Geschäftsstelle (Hans Amberg), Kaspar Escherstrasse 8, Zürich) nimmt Gelder entgegen, allfällig auch die Redaktion der «Neuen Wege». L. R.

**Für das hungernde Russland eingegangen:** S. Z. 15.—, L. Sch. 30.—, P. B.-H. 7.—, Pfr. Sch. in Sch. 140.—, J. Sch.-B. in N. 10.—.